

SPAREN BEI DER INTEGRATION - SOZIALPOLITISCH UNKLUG UND UNSOLIDARISCH

Der Bund will die Beiträge an die Kantone für Integrationsmassnahmen um 23.3 Millionen Franken kürzen. Für die Kantone heisst das, die Beiträge belaufen sich ab 2019 noch auf 116 Millionen Franken statt 128 Millionen Franken.

EINE SPARMASSNAHME ZUM FALSCHEN ZEITPUNKT

Im vergangenen Jahr sind gegen 40'000 Asylgesuche in der Schweiz eingegangen. Ein Rekordjahr, das Bund und Kanton vor grosse Herausforderungen stellt. Die Unterbringung und Betreuung sind in der ersten Phase nach der Ankunft zu gewährleisten. Diejenigen Asylsuchenden, die ein Bleiberecht haben, sind in einer zweiten Phase zwingend zu integrieren. Es ist davon auszugehen, dass mehr als die Hälfte der Asylsuchenden ein Bleiberecht erhalten.

Weshalb der Bund gerade in der jetzigen Situation, wir verzeichnen Rekordzahlen bei den Asylgesuchen und eine ausserordentlich hohe Schutzquote, bei den Integrationsmassnahmen den Sparhebel ansetzt, ist unverständlich. Die hohe Schutzanerkennungsquote verpflichtet die Kantone gemeinsam mit der Wirtschaft in noch intensiverem Ausmass Integrationsmassnahmen zu ergreifen. Wer heute in die Integration investiert, kann morgen davon profitieren, davon bin ich überzeugt.

Nebst der hohen Schutzanerkennungsquote, müssen wir für asylsuchenden Menschen aus Kriegsgebieten wie Syrien mit einem höheren Betreuungsaufwand rechnen. Kriegstraumatisierte Flüchtlinge bedürfen einer differenzierten und individuellen Betreuung. Weiter müssen wir für unbegleitete minderjährige Asylsuchende (UMA) eine spezifische Betreuung und altersgerechte Integrationsmassnahmen bereitstellen. Eine weitere Herausforderung ist die kulturelle Vielfalt, die die Flüchtlinge mitbringen. Wir betreuen Flüchtlinge aus über 20 verschiedenen Herkunftsländern. Der Aufwand und die Anforderungen für das Betreuungs- und Verwaltungspersonal ist enorm gestiegen, ebenso der Informations- und Kommunikationsaufwand für die einzelnen Flüchtlinge.

INTEGRATION HAT IHREN PREIS

Die Pauschale des Bundes beträgt pro Flüchtling aktuell Fr. 6'000.00. Diese Pauschale ist viel zu tief und deckt nur ein Bruchteil der Kosten für eine vernünftige Integration. Die Integrationsmassnahmen für einen Flüchtling belaufen sich mindestens auf Fr. 20'000.00. Ich bin mir bewusst, dass eine vernünftige Integration ihren Preis hat. Wir werden jedoch einen noch höheren Preis bezahlen, wenn wir nicht "jetzt und heute" Flüchtlinge über gezielte Integrationsmassnahmen auf den Arbeitsmarkt vorbereiten. Viele Flüchtlinge verfügen nicht über die minimalen sprachlichen und beruflichen Anforderungen, die es für den Einstieg in die Arbeitswelt braucht. Deshalb müssen Bund und Kantone gemeinsam mit der Wirtschaft Flüchtlinge für die Arbeitswelt "fit" machen. Mittels Sprach- und Berufskursen sind Flüchtlinge schrittweise in die Arbeitswelt zu integrieren.

Die Integration in die Gesellschaft und die Akzeptanz gesellschaftlicher Werte können wir am effektivsten über die "Arbeit" erreichen. Denn Menschen definieren sich über die Arbeit, schliessen gesellschaftliche Kontakte und nehmen so am gesellschaftlichen Leben teil. Die Integration von Flüchtlingen ist zudem ein Generationenprojekt. Wir müssen heute die soziale Verantwortung für die Gesellschaft von morgen wahrnehmen. Alles andere wäre sozialpolitisch unklug und unsolidarisch.

Guido Graf, Regierungsrat